Moral und Macht

Autor(en): **P.F.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **6 (1986)**

Heft 12

PDF erstellt am: **06.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651849

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Moral und Macht

> Gemeint ist, dass jeder Widerspruch ein Wertkonflikt ebenso wie ein Interessenkonflikt ist; dass jeder Klassenkampf zugleich auch ein Kampf um Worte ist; und dass das Unterfangen Sozialismus DURCH NICHTS garantiert ist.
>
> E.P. Thompson

Dass in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbruchsituation das politische Selbstverständnis linker Politik gravierend in Frage gestellt wird, überrascht nicht. Nachdem ‚modernes Leben' und die durchrationalisierte Arbeitswelt einem die Aufsplitterung der Aktionsfelder und Lebensbereiche aufzwingt, sehen sich auch viele Linke in ihrer politischen Arbeit mit dem Problem konfrontiert, wieviele Widersprüche und Ambivalenzen dem Anspruch nach ausgehalten werden können – müssen, sollen. Ebenso der Zusammenhang von Alternativökonomie in selbstverwalteten Projekten und dem politisch motivierten Überlebenswillen ist problematisch geworden. Wachsende ‚Markt'-Abhängigkeit gefährdet den zerbrechlichen alternativen Konsens und damit die politische Orientierung, von der die ‚ideelle Gratifikation' für Arbeiten in linken und alternativ-ökonomischen Infrastrukturen zehrt. Zunehmende Individualisierung und Anpassungstendenzen erschweren den gewerkschaftspolitischen Kampf besonders im nicht-alternativen Arbeitsprozess, entsolidarisieren die fragmentierte Widerstands- und Emanzipationsbewegung, von der die bestehende *solidarische Kultur* und Öffentlichkeitsarbeit der internationalen Solidarität lebt.

Eine moralische Dimension des politischen Engagements tritt folglich wieder stärker in den Vordergrund. Die Moralisierungstendenz, die derzeit aus der Krisenlage heraus die ‚prinzipiellen' Zieldiskussionen begleitet, deckt zwar innerhalb der Linken Divergenzen auf; durch eine grundlegende Rückbesinnung auf Grundwert-Positionen (Basisdemokratie u.a.) und Qualitätsbestimmungen (Produkte) könnten aber Optionen für neue Allianzen freigelegt werden. Die Rede ist von Chancen und Grenzen einer „Remoralisierung der Ökonomie" (K. Novy/R. Schwendter, 1986).

Seit Mitte der 70er Jahre werden im Rahmen der ‚Wertewandel'- und ‚Postmaterialismus'-Debatte Definitionskämpfe um Wertorientierungen ausgetragen. Innerhalb der Linken, Grün-Alternativen und Feministinnen hat man auf die politisch-kulturellen Auswirkungen des technologischen Modernisierungsplans unterschiedlich reagiert, so u.a. auch auf die Legitimitäts- und Legalitätskrise des Staates. Ein eklatanter Rechtsgüternotstand von Natur, Leben, Freiheit und Würde des Menschen hat ein moralisch begründetes Recht auf politischen Widerstand zu legitimieren begonnen; der Bruch mit Formen bürgerlicher Legalität nimmt zu. Erneut entzündet sich an der Gewaltfrage ein alter Prinzipienstreit über Mittel und Zweck emanzipatorischer Vernunft. Und unter dem Druck verschärfter Kriminialisierung von oppositionellen Kräften verwandeln sich moralische Fragen zusehends in Fragen direkten politischen Handelns, bevor sie der Reflexion einer politischen Ethik zugänglich werden können. Wie lässt sich – und warum soll sich – eine Praxis, die auf Veränderung der Bedingungen für menschenwürdigeres Leben abzielt, moralisch rechtfertigen?

Innerhalb des westlichen Marxismus werden diese Fragen kontrovers diskutiert. E.P. Thompson z.B. hat mit Recht auf Defizite wichtiger „Kategorien der Vermittlung" in der marxistischen Analyse aufmerksam gemacht: Kultur, Erfahrung, Bewusstsein, Moral (Das Elend der Theorie, 1980). Oder die generelle Kritik von A. Gorz am Pseudo-Moralismus technischer Imperative im Dienste technokratischer Staatsmoral vom Standpunkt einer subjektiven Moralität: „Kann ich das wollen?" Objektive Moral, so Gorz, braucht kein Subjekt, denn „Moral ist ohne Notwendigkeit, und Notwendigkeit ohne Moral." Moralität kann er nur dort sehen, wo eine Sphäre autonomer Tätigkeiten besteht.

Zum einen macht die Linke mit gutem Recht auf der Grundlage der materialistischen Gesellschaftstheorie eine politische Ethik geltend, die *normativ* auf Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität hin orientiert ist; zum anderen sind wir als politische *Subjekte* zwangsläufig Teil herrschender *Machtverhältnisse* und Träger von Klassenkonflikten, verstrickt in konfuser Alltagsmoral, unter dem Druck einer politisch motivierten Gegenmoral in emanzipativer Absicht und uns der Ohnmacht des Sollens nicht immer bewusst. Nach B. Moore (Ungerechtigkeit, 1982) kommt auch der Marxismus trotz der „moralischen Autorität des Leidens und der Ungerechtigkeit" in seiner Parteinahme nicht über einen moralischen Relativismus hinaus. Ins Zentrum stellt er die für uns zentrale Frage: „Was muss mit Menschen geschehen, damit sie sich der Unterdrückung, Ausbeutung, Herabwürdigung und Verächtlichung unterwerfen?" In der „Selbstaufklärung .... über unsre Kämpfe und Wünsche" (Marx) bleiben patriarchalische Unterdrückung, Klassenerfahrungen und Moralformen der Vergesellschaftungsprozesse zu rekonstruieren, die Wahrnehmung von Ängsten vor Identitäts- und Anerkennungsverlust sowie vor experimentierender Widerspruchsverarbeitung und Lebensautonomie zu analysieren.

Machtpolitik und Machttechnik verachten, worauf sie zur Machterhaltung angewiesen sind: Moral der anderen, natürliche Sitten, Basiskonsense. Honoriert wird Achtung vor dem System – „Systemvertrauen" (NZZ). Aber die Moralressourcen werden knapp; schwieriger wird es, von oben das Schmieröl des ‚courant normal', der technokratischen Verwaltungskultur zu verordnen, den Masochismus des „homo functionalis" (NZZ) zu kultivieren. Die Moralbestände der sozialen Integration schwinden.

Es sind neokonservative Ideenpolitik und Gegenaufklärung, die einerseits eine fundamentale Moralisierung der Geschichte (‚Entschuldung' der NS-Geschichte), der sozialen und kulturellen Normen verfolgen (Zivilreligion vgl. A. Kleger/A. Müller 1986), andererseits die *Entmoralisierung* von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Unbeirrt setzt man auf die „Selbstregulierungskraft" der Märkte und den eigentumsschützenden Rechtsstaat, genauso wie heute noch mystisch von der „Selbstreinigungskraft der Natur" die Rede ist. Bei allem Ruf nach neuer Wirtschaftsethik: die moralische Neutralisierung von Ökonomie und Technik ist programmatisch, Gewinnmaximierung eine „Grundkonstante menschlicher Rationalität" (P. Koslowski). Aus neokonservativer Sicht hat die „geistig-moralische Erneuerung" das „Paradigma" der 60er und 70er Jahre, Blochs ‚Prinzip Hoffnung', überwunden; in den 80er Jahren soll das ‚Prinzip Verantwortung' (H. Jonas) den Zukunftsoptimismus garantieren.

P. F.